Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 128. | Dresden, Freitag den 5. Juni 1908. | 19. Jahrg.

10. Januar — 3. Juni.

Zum Wahlausfall in Preußen.

Unter dem indirekten Wahlsystem mit öffentlicher Stimmabgabe und einer Wahlkreiseinteilung, die den rückständigen dünn besiedelten agrarischen Distrikten des Landes 304 Abgeordnete gegen 159 für die übrigen Landesteile gibt, war an eine wesentliche Aenderung in der Zusammensetzung des preußischen Landtages bei dieser Wahl von vornherein nicht zu denken. Soweit bisher die Nachrichten vorliegen, tritt denn auch keine erhebliche Verschiedenheit in den jetzigen Zahlen der bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses gegen die früheren hervor. Die Konservativen werden mit den Freikonservativen oder mit dem Zentrum nach wie vor imstande sein, eine gewaltige Mehrheit zu bilden; die Kulturblockidee des genialen Taktikers Kopsch hat vollständig Schiffbruch gelitten.

Nur eines verändert die Lage gegen früher, und zwar recht gründlich, und das ist der überraschende Wahlsieg der Sozialdemokratie in fünf Berliner Landtagswahlkreisen, in Rixdorf-Schöneberg und in Hannover. Vorsichtige Beurteiler der politischen Lage in den Reihen unserer Partei hatten noch am Mittwoch morgen erklärt, daß sie zufrieden sein würden, wenn wenigstens drei Sozialdemokraten gewählt würden. So ist denn das Resultat für uns nicht nur eine Freude, sondern auch eine Ueberraschung. Freilich hatte man nach der sogenannten Reform der Wahlkreiseinteilung und der Wahltechnik durch Bethmann-Hollweg allgemein damit gerechnet, daß wenigstens der eine oder andere Kreis in unseren Besitz kommen werde. Aber an einen solchen starken Erfolg konnten wir nur unter besonders günstigen Umständen denken. Es stellt sich nämlich heraus, es ist allerdings nicht bis in alle Einzelheiten ohne sehr langwierigen tabellarischen Vergleichungen nachweisbar, daß die Wahlerfolge in Berlin keineswegs lediglich auf die Neugestaltung der Wahlkreise zurückzuführen sind; auch wenn die alte Wahlkreiseinteilung beibehalten wäre, würden wir dennoch einen verhältnismäßig gleich starken Erfolg davongetragen haben.

Nun hat man darauf hingewiesen, daß durch das schärfere Anziehen der Steuerschraube in Preußen die Verteilung der Wähler auf die einzelnen Abteilungen geändert worden sei; besonders der neue § 23 des Einkommensteuergesetzes, der die Arbeitgeber zwingt, der Steuerkommission das tatsächliche Einkommen ihrer Arbeiter und Angestellten bis auf Heller und Pfennig genau anzugeben, habe eine erhebliche Zahl von Arbeitern in die 2. Klasse gebracht und so das veränderte Wahlrecht verursacht. Darin ist allerdings etwas Wahres, aber auch nur etwas. Denn diese Veränderung konnte der Sozialdemokratie nur dort nützlich werden, wo ihre Anhänger den Wahlterrorismus der Gegner nicht zu fürchten brauchen, sondern ihre politische Ueberzeugung offen bekunden dürfen. Noch keine zwei Wegstunden von Berlin konnte man in einzelnen Orten zwar die Verschiebung in den Wählerklassen auf Grund des § 23 beobachten, ohne daß doch dort für sozialdemokratische Wahlmännerkandidaten eine nennenswerte Stimmenzahl aufgebracht worden wäre, weil eben ein strammer Amtsvorsteher „seine" Arbeiter in „ordentlicher Zucht" hält.

Auch in Berlin hat die Verschiebung in den Wählermassen keineswegs allein die Sozialdemokratie begünstigt, wenn es auch wohl überwiegend der Fall gewesen sein mag. Es müssen demnach dem Wahlausfall doch noch andere Ursachen zugrunde liegen. Und da stößt der unbefangene Beobachter sofort auf den wachsenden Unwillen der großstädtischen Bevölkerung gegen den Blockfreisinn. In zwiefacher Hinsicht ist er der Sozialdemokratie zugute gekommen: erstens gelang es ihr sehr leicht, weit über die Zahl ihrer eingeschriebenen Mitglieder hinaus die proletarischen Massen in Bewegung zu setzen, und zweitens haben sehr viele Wähler, die noch das vorige Mal liberal gewählt haben, diesmal den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben; an der Hand der Listen läßt sich dafür der zwingende Beweis führen. Wenn sich heute der Freisinn damit selbst bellügen will, daß er behauptet, diese Wandlung in der politischen Ansicht seiner frühere Anhängerschaft sei nur auf den „Terrorismus" der Sozialdemokratie zurückzuführen, so wollen wir ihn in seinem Vergnügen nicht stören. Seine klügeren Mitglieder werden wohl selbst anderer Meinung sein und sich zu der Erkenntnis durchringen, daß zwischen dem 3. Juni und dem 10. Januar 1907 ein enger Zusammenhang besteht. Als im Januar der preußische Ministerpräsident Bülow in geradezu frivoler Weise eine gerechte Reform des preußischen Wahlrechts ablehnte, da hätten die Freisinnigen wie ein Mann aufspringen müssen. Das haben sie aber nicht getan, sondern statt dessen, wie der schmalzige Herr Pachnicke in Frankfurt so schön sagte, mit „schweigender Entrüstung" geantwortet, also mit der Kehrseite pariert. Das war nicht etwa nur ein Versehen des Augenblicks, sondern eine direkte Folge der entnervenden Blockpolitik. Wäre es nur eine rednerische Blamage gewesen, dann könnte man darüber leichter urteilen; aber die Freisinnsführer waren tagelang vorher von der Antwort Bülows unterrichtet gewesen, hatten also Muße, sich auf die Antwort vorzubereiten und konnten das Maß ihrer politischen Entrüstung, das sie aufzubringen gedachten, behutsam dosieren. Nein, es war nicht ein Versehen des Augenblicks, sondern die Offenbarung innerlich reaktionärer Gesinnung.

Wir haben oft gesagt, daß wir die Existenz einer energischen bürgerlichen Oppositionspartei im politischen Leben Deutschlands für notwendig und nützlich halten. Aber der Freisinn hat aufgehört, eine solche Partei zu sein; nicht allein wegen des Unverstandes seiner heutigen Führer, aber doch in erster Linie deshalb. Diesen Herren Wiemer, Kopsch, Eickhoff, Pachnicke, Cassel, Müller und wie sie alle heißen, fehlt in ausgesprochenem Maße das Gefühl für persönliche Würde; es sind subalterne Geister, mit Hausknechtsmanieren nach unten und ohne eine Spur von Rückgrat nach oben. Ein Reichstagsjournalist, der nicht zur Sozialdemokratie gehört, hat neulich in der Zukunft einmal diese Leute abgemalt: „Die Freisinnigen, die zum ersten Male mit am Tisch der Regierung essen durften, glichen dem Studenten im ersten Semester, der mit dem letzten Platz zufrieden ist und durch gefälliges Auftreten das Vertrauen der alten Herren verdienen will. Wer Tag für Tag im Reichstag das Gebaren der freisinnigen Abgeordneten beobachtete, der merkte sehr bald, wie unterhandlungslüstern sie waren. Sie liefen dem Fürsten Bülow und Herrn von Bethmann-Hollweg beinahe in die Arme. Nicht nur bei den intimen Diners. Auch sonst ließ man laut genug sagen, daß auf keinen Fall das Zentrum wieder in die Günstlingsstellung kommen dürfe. Noch vor dem abgeschlossenen Kompromiß beim Vereinsgesetz verkündete Professor Eickhoff, daß die Freisinnigen Toren wären, wenn sie sich halsstarrig zeigten."

Eine Politik, die zu solchen Auswüchsen führt, in besonderen Fällen, wie in Niederbarnim, sogar den Charakter eines direkten Volksverrats annimmt, machte von vornherein ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit dem Freisinn unmöglich. Dadurch wurde aber auch jede Aussicht zerstört, durch einen gemeinsamen Vorstoß von links den Besitzstand der Konservativen zu vermindern und dadurch die Aussichten einer Wahlrechtsreform im preußischen Abgeordnetenhause selbst zu verbessern. Es ist selbstverständlich, daß die sieben sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten am ersten Tage ihrer parlamentarischen Tätigkeit die Forderung der Wahlrechtsreform erheben werden. Und wie einst das kleine Häuflein der fünf Bayern im bayrischen Landtage gegen den Hohn und den Spott der sich in ihrem parlamentarischen Besitz sicher fühlenden großen bürgerlichen Parteien die Demokratisierung des Wahlrechts durchzuführen verstanden haben, so wird auch in Preußen einem solchen Streben der Erfolg nicht versagt bleiben können.

Unsere preußische Fraktion.

Als erster auf der Liste der sozialdemokratischen Abgeordneten für Preußen steht Dr. Karl Liebknecht, der Hochverräter, der erst im April des Jahres 1909 sein unfreiwilliges Domizil auf der Festung Glatz verlassen wird. Ihm folgt Heinrich Ströbel, politischer Redakteur am Vorwärts, ferner die namentlich in Kommunalfragen wohlbewanderten Berliner Stadtverordneten Hermann Borgmann und Hugo Heimann, letzterer Stifter der bekannten Berliner Volksbibliothek, Paul Hirsch, langjähriger Parlamentsjournalist auf der Tribüne des Hauses und Herausgeber des Handbuchs zu den preußischen Landtagswahlen, gehört wohl zu den besten Kennern preußischer Verhältnisse in der Partei. Als sechster (Schöneberg-Rixdorf) kommt Otto Wels in Betracht, gewerkschaftlicher Organisator der Tapezierer, jetzt Leiter der Parteiorganisation für Brandenburg. Leinert, Hannover-Linden, wird sich in allen Fragen des Arbeiterrechts, namentlich in den Fragen des Landarbeiterrechts und des Bergarbeiterschutzes, auf seine Erfahrungen als Arbeitersekretär stützen können. Ob sich von den sechs oder sieben (Schöneberg-Rixdorf ist noch nicht ganz zweifelsfrei) noch ein achter oder neunter finden wird, steht noch dahin. Undurchsichtig liegen noch wegen verwickelter Stichwahlen die Verhältnisse in Berlin XII, als dessen Kandidat der siebente Mann der Berliner Liste, Adolf Hoffmann, anzusehen ist. In Frankfurt-Land steht Genosse Rudolf in Stichwahl mit den Nationalliberalen.

Soldatenschinder.

600 Mißhandlungsfälle.

Ein Soldatenmißhandlungsprozeß von großem Umfang begann am Donnerstag vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division in Berlin. Auf der Anklagebank haben nicht weniger als acht Angeklagte Platz genommen. Der Hauptübeltäter ist der Unteroffizier Walter Thamm von der 1. reitenden Batterie des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments. Er wird durch Rechtsanwalt Ulrich verteidigt. Die übrigen Angeklagten sind: der Unteroffizier Friedrich Schulze, die Kanoniere Alwin Schäfer, Gustav Kaupach, Joh. Fleisch, Alfred Zopick sowie die Gefreiten Gustav Hahn und Heinrich Friedrich, sämtlich von der 1. reitenden Batterie des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments. Ihre Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Hoffmann und Selle, des Grafen v. Roeder, des Leutnants v. Puttkamer und des Leutnants v. Jassow.

Die Anklage wirft dem Unteroffizier Thamm nicht weniger als 600 Fälle von Mißhandlungen und vorschriftswidriger Behandlungen von Untergebenen vor. Außerdem soll er in vielen Fällen Untergebene zu strafbaren Handlungen veranlaßt haben. Durch Mißbrauch der Dienstgewalt hat er Untergebene, alte Leute, zu Mißhandlungen jüngerer Mannschaften bestimmt. „Wenn ihr euch beschwert, dann gibt's noch mehr Keile!" Mit diesen Worten versuchte er die Leute von Beschwerdeführungen abzuhalten. Der Selbstmord des Kanoniers Knobbe ist auf die Mißhandlungen des Thamm zurückzuführen. Den übrigen Angeklagten werden Mißhandlungen Untergebener bis zu 40 Fällen, schwere gemeinschaftliche Körperverletzungen, Bedrohungen von Untergebenen, Unterlassungen der nötigen Aufsicht usw. vorgeworfen. Den Antrag des Vertreters der Anklage auf Ausschluß der Oeffentlichkeit lehnt das Gericht ab.

Es wird zunächst Unteroffizier Thamm vernommen. Er gibt im großen und ganzen zu, die Leute geschlagen und mißhandelt zu haben. Er entschuldigt sich mit großer Erregtheit.

Der Kanonier Schäfer hat Knobbe auch mißhandelt. K. hatte einmal vergessen, den Schmutzeimer hinunterzutragen. Thamm beauftragte nun drei andere Kanoniere, darunter Schäfer, den Eimer hinunterzutragen, um dadurch die Wut der Leute gegen Knobbe anzufachen. Im Stall wurde Knobbe auch einmal von drei Kanonieren mit der Fahrerpeitsche mißhandelt. Durch die Aeußerung des Thamm:

„Wenn die Hunde nichts machen, dann haut sie doch!"

hatten sich die Kanoniere gewissermaßen dazu berechtigt gefühlt, die jüngeren Leute zu mißhandeln. Knobbe schrie bei den Mißhandlungen häufig laut auf, doch wollen die Vorgesetzten niemals etwas davon gehört haben.

Als erster Zeuge wird Kanonier Neudenberger aufgerufen. Er schildert Knobbe als einen etwas gleichgültigen Menschen. Unteroffizier Schulze habe K. häufig geschlagen. In der ersten Zeit sei Knobbe nicht so gleichgültig gewesen, erst später sei das dem Zeugen aufgefallen. Wenn Knobbe durch den Stall ging, so bekam er oft Schläge von den alten Leuten. Neudenberger bekundet weiter, daß Sergeant Friedrich die Mißhandlungen hätte sehen können. Kanonier Glatzberg sagt aus, daß Knobbe von Schäfer mit Faustriemen mißhandelt wurde. Glatzberg ist von Thamm wiederholt geschlagen worden. Wenn er nicht schnell genug lief, versetzte ihm Thamm Schläge auf den Kopf. Auch von alten Leuten in G. als Rekrut mißhandelt worden. Sergeant Hahn müsse gesehen haben, wie Rekruten von alten Leuten geschlagen wurden. Auf die Frage des Verhandlungsführers, warum er sich wegen der ihm widerfahrenen Mißhandlungen nicht beschwert habe, antwortet der Zeuge:

„Aus Angst, daß es noch mehr gibt!"

G. ist fast täglich von den alten Leuten, zu allen Tageszeiten mißhandelt worden. Kanonier Klewitz bekundete, daß Unteroffizier Thamm einmal äußerte: Die Rekruten müssen „Bewegung" haben! K. ist gleichfalls von Th. mißhandelt worden. Er hat auch gesehen, daß Thamm andere Kameraden, darunter Knobbe, geschlagen hat. Kanonier Krawczyk hat oft beobachtet, wie alte Soldaten auf Knobbe mit der Fahrerpeitsche eingeschlagen haben, wobei K. laut aufschrie.

Schriftsetzer Zippert bekundet, daß sein Sohn, der bei demselben Truppenteil steht, anfangs gern Soldat gewesen sei. Später erzählte er, daß die alten Mannschaften viel Mißhandlungen begingen, und daß auch er geschlagen werde. Der Vater beruhigte ihn und suchte Thamm auf. Er fragte ihn, ob er mit seinem Sohne zufrieden sei, worauf Thamm erwiderte: Jawohl. Eines Tages machte ihm sein Sohn ein sehr niedergedrücktes Wesen, und auf Befragen des gängstigten Vaters erwiderte der junge Soldat, er werde ständig von seinem Vorgesetzten geschlagen. Der Vater sagte nun, er wolle selbst Beschwerde führen, worauf der Sohn erwiderte:

„Vater, laß es lieber sein, es geht mir sonst noch viel schlechter!"

Der Zeuge ging jedoch trotzdem zum Wachtmeister und erstattete Meldung. Der Wachtmeister versprach auch, daß die Sache ein Ende nehmen werde. Der Sohn des Zeugen äußerte dann seinem Vater gegenüber, daß die Mißhandlungen jetzt etwas nachgelassen hätten.

Einer der Hauptbelastungszeugen gegen den Unteroffizier Thamm, der Kanonier Gebauer, liegt gegenwärtig im Garnisonlazarett krank darnieder, der Gerichtshof wird sich noch darüber schlüssig werden, ob er eine Gerichtssitzung am Krankenbette des Kanoniers abhalten wird. — Der Kanonier Müller bekundet zunächst, daß er von Thamm mehrere Male geschlagen worden sei. Auf Vorhaltungen gibt er zu, daß er fast täglich von Thamm mißhandelt worden sei.

Faustschläge gegen die Brust, Fußtritte, Hiebe mit der Zaumkette

und andere schwere Mißhandlungen mußte M. über sich ergehen lassen. Am Rücken hatte er zahlreiche blaue Flecken. Wegen unbedeutender Verfehlungen wurden die Leute geschlagen. „Da kommt der Hund, der soll was holen!" Diese Worte des Thamm waren gewöhnlich das Signal für die alten Leute, um die Rekruten

„Spießruten laufen zu lassen".

Dem Müller hat Thamm einmal das Ohr blutig gezogen. Auch mit dem Stiefel hat Th. den Zeugen geschlagen. Nachdem sich Knobbe das Leben genommen und die Sache für Thamm schlecht stand, forderte er seine Untergebenen zum Teil auf, günstig für ihn auszusagen. Kanonier Stockfisch will anfangs auch nur ein paarmal von Thamm mißhandelt worden sein, er gibt dann aber auch zu, daß dies fast täglich geschehen sei: Schläge ins Gesicht, Hiebe mit der Fahrerpeitsche und Fußtritte ins Gesäß, die sehr schmerzhaft waren, hatte der Zeuge zu erdulden. Auch von den alten Leuten wurde Stockfisch fortwährend gepeinigt. Der Zeuge war auch einmal durch einen Faustschlag an der Schläfe blaugeschlagen worden. Als der Leutnant dies sah, meinte er: „Stockfisch, Sie haben sich nicht ordentlich gewaschen." Die Zeugenvernehmungen werden in die Nachmittagsstunden fortgesetzt.

* * *

Berlin, 5. Juni. (Telegramm.) Der Unteroffizier Thamm wurde vom Kriegsgericht I der Garde-Division in Berlin wegen Mißhandlung Untergebener zu 15 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080605/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG